# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1258

**Organ für das werktätige Volk**

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 2.40 RM., halbmonatlich 1.20 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 19202. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.50 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 265 | Dresden, Dienstag den 13. November 1928 | 39. Jahrg.


# Gegen die Willkür der Eisenherren

## Reichsarbeitsminister Wissell stellt ihre Schuld fest – Bei Machtgelüsten „andere Maßnahmen"! – Kommunistische Wahnparole

### Deutscher Reichstag

11. Sitzung. Montag den 12. November.

Auf der Tagesordnung stehen die **Anträge und Interpellationen**, die sich mit der **Aussperrung in der rheinisch-westfälischen Hüttenindustrie** befassen.

### Reichsarbeitsminister Wissell:

In meinen Darlegungen ändert nichts die Tatsache, daß – wie ich vor ¼ Stunden erfahren habe – das Arbeitsgericht Duisburg dem Antrage des Arbeitgeberverbandes stattgegeben (Lebhafte Hört!-Hört!-Rufe links.), d. h. **die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für rechtsunwirksam** erklärt hat. Damit ist allerdings die Rechtsfrage nicht endgültig entschieden. (Sehr wahr! links.) Wie die Sache liegt, muß man mit Sicherheit eine Anrufung des Reichsarbeitsgerichts annehmen, so daß die Rechtslage also **nach wie vor ungeklärt** ist.

Die Verbindlichkeitserklärung durch mich war beiden Parteien am 31. Oktober, **gegen 3 Uhr nachmittags, bekannt, also noch vor Ablauf des Tarifes, der nunmehr durch einen neuen Tarifvertrag ersetzt war. Es wäre genügend Zeit gewesen,**

**die Entlassung der 213 000 Metallarbeiter noch zu vermeiden,**

wenn aber erfolgt. Die Daten, 11. Oktober letzte Parteiverhandlungen, 15. Oktober Bestellung des Schlichters, 22. Oktober bis 25. Oktober Schlichtungsverhandlungen, 29. Oktober Ablauf der Kündigungsfrist, 30. Oktober bis 31. Oktober **Nachverhandlungen** und 31. Oktober **vormittags Verbindlichkeitserklärung, schließen** mir, daß dem **Schlichter oder dem Arbeitsministerium Vorwürfe** über zu spätes **Eingreifen gemacht werden konnten, aber daß sie** ihre Zeit nicht **richtig ausgenutzt hätten. (Zustimmung links und** [illegible].)

Ich bin mir darüber klar, daß durch den Spruch die Werke [illegible] erheblich belastet werden, aber ich konnte auch [illegible], daß in **anderen Bezirken der Metallindustrie die** Löhne und Verdienste **der Arbeiter günstiger sind als in der nordwestlichen Gruppe, und zwar sogar noch nach Durchführung des** neuen Schiedsspruches. (Hört, hört!) Diese günstigeren Löhne sind zum Teil frei vereinbart worden, und die Kölnische Zeitung hat meinen Spruch als annehmbar bezeichnet; es dürfte bei manchen Unternehmern auch eine gewisse Neigung zur Annahme bestanden haben.

Ob die Kündigung durch Aushang am Schwarzen Brett [illegible] ist, will ich nicht erörtern. Wenn sie es aber ist, so [illegible] kein Streit darüber, daß sie auf Anregung der Arbeitgeberverbände

**zum Zweck des Arbeitskampfes**

[illegible] ist, um bei Eintritt eines tariflosen Zustandes am 1. November die Aussperrung durchzuführen. Die Kündigung war vorsorglich für den Fall der Tariflosigkeit erfolgt. Ein solcher Zustand ist nicht eingetreten. Infolgedessen stellt die Kündigung

**einen Bruch des neuen Tarifvertrages**

dar, weil sie seine Durchführung unmöglich macht. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Der Arbeitgeberverband mußte die Zurücknahme, der Kündigung veranlassen in dem Augenblick, als ihm das Zustandekommen eines neuen Tarifvertrages bekannt geworden war, weil dazu wäre gewesen. Der Arbeitgeberverband begründete sein Vorgehen mit der Behauptung, daß der Schiedsspruch aus [illegible] Gründen „rechtsunwirksam" sei. Selbst wenn [illegible] wäre, **wäre die Aussperrung der 213 000 nicht erforderlich** gewesen, **sondern der mit der Aussperrung verfolgte Zweck wäre** auch **ohne Aussperrung auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege zu erreichen gewesen.** Man hätte die wirtschaftliche Klagbarkeit der [illegible] für jedes einzelne Werk in der Praxis erproben können, und wenn wirklich ein Werk geglaubt hätte, die Last nicht tragen zu können, so hätte **es die Stillegung** gemäß der Demobilmachungsverordnung durch Anzeige bei der Demobilmachungsstelle in die Wege leiten können. Weil das nicht geschehen ist, muß auch die weiteste Oeffentlichkeit gegen das Verhalten der Arbeitgeber so entschieden Stellung genommen.

Trotz der Verbindlichkeitserklärung die Aussperrung erklärt der Arbeitgeberverband behauptet, dazu durch Ungültigkeit des Tarifvertrags berechtigt zu sein, habe ich mich um möglichste Klärung der Rechtsfrage bemüht. **Eine neue Klärung der Rechtsfrage** kann für die Reichsregierung **bis zur Klärung** nicht in Betracht kommen. Ich stehe nach meinem Standpunkt, daß durch den für verbindlich erklärten Schiedsspruch ein **rechtsgültiger Tarifvertrag** zustande gekommen und natürlich zu **erfüllen** ist. Ich kann nicht die Augen davor verschließen, daß der Tarifvertrag wegen einer von mir für unberechtigt gehaltenen Kampfhandlung der einen Partei abgelehnt wird. Ich halte es auch jetzt noch für möglich, den Zustand herbeizuführen, der durch die Verbindlichkeitserklärung herbeigeführt werden sollte, daß nämlich

**weitergearbeitet und die strittige Rechtsfrage auf dem arbeitsgerichtlichen Wege entschieden wird.**

Eine unberechtigte Belastung der Arbeitgeber kann auf diese Weise nicht herbeigeführt werden. Von der deutschen Wirtschaft kann aber auf diese Weise eine schwere Belastung genommen werden.

Wenn sich die Arbeitgeber auch jetzt noch nicht zur Wiedereinstellung der Betriebe entschließen können, dann müssen sie sich der Verantwortung für diese Unterlassung, die durch die **tatsächlichen rechtlichen Verhältnisse nicht gerechtfertigt ist, bewußt sein.** (Sehr wahr! links.) **In dieser Meinung weiß ich mich einig mit der großen Mehrheit der deutschen Oeffentlichkeit.** (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Wer einen so schweren Kampf aufwirft, muß sich der Folgen bewußt sein, er muß wissen, daß die Auswirkungen dieses Kampfes in keinem Verhältnis zu dem erstrebten Erfolg stehen können, daß die Verluste der Industrie durch die Stillegung und durch die Kosten der Wiederingangsetzung weit größer sein müssen, als die etwaigen Ersparnisse. Wer solchen Kampf führt, muß wissen, daß die Kohlenwerke Feierschichten einlegen müssen, der Eisenhandel aufs schwerste getroffen wird, das Geschäftsleben der Städte in empfindlichster Weise beeinträchtigt, die Gemeinden in schwere finanzielle Nöte gebracht werden, aus denen sie nur durch Steuerleistungen wieder befreit werden können, die sehr erheblich und vielfach ausschließlich von den jetzt aussperrenden Betrieben getragen werden müssen; der muß sich auch die erheblichen

**innerpolitischen Folgen dieses Kampfes**

klarmachen, die die Beruhigung des Industriegebietes, eine der wichtigsten Errungenschaften der Stabilisierungsjahre, wieder in ihr Gegenteil zurückschlagen lassen.

Wir waren uns von vornherein klar, daß kein Kampfmittel angewandt werden darf, das nach einem Ausspruch des Geheimrats Hugenberg unsere Wirtschaft im Wettbewerb am Weltmarkt auf das ernsteste gefährdet. **Nicht der „Mut zum Kampf"**, wie Geheimrat Duisberg in der Börsenzeitung behauptet, **sondern verantwortungsbewußte Verhinderung eines unnötigen Kampfes zeichnet den aufrechten Mann aus.** Ich zweifle nicht daran, daß, wie die Unternehmer erklären, ernste Sorgen sie zur Ablehnung des Schiedsspruches getrieben haben, indessen hat ein preußischer Landgerichtsdirektor öffentlich in der Kölnischen Zeitung erklärt, die Unternehmer wollten nicht so sehr die Revision des Schiedsspruches als **eine Aenderung des Schlichtungsverfahrens erreichen.** Trifft das zu, so wäre allerdings die Regierung vor die ernste Frage gestellt, ob nicht

**ein gesetzliches Eingreifen notwendig wäre.**

(Zustimmung links.) Es würde sich dann allerdings nicht um einen Eingriff in das Schlichtungswesen, sondern um ein Eingreifen anderer Art handeln. (Beifall links.)

**Was kann nun für die Ausgesperrten geschehen?**

Nach § 94 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes kann bei Arbeitskämpfen Unterstützung nicht gezahlt werden. Der

# Rebellion der Kulaken

## Die russischen Großbauern morden überall Sowjetorgane!

Die Diktatur der Bolschewisten in Rußland wird jetzt von den erstarkten Bauern planmäßig und mit allen Mitteln bedroht.

Trotzki hat recht behalten, als er voraussah, daß der Eigentumsfanatismus des Bauern jedes soziale Versorgungssystem sprengen würde. Trotzki forderte Vorbeugungsmaßnahmen und eine planvolle Politik gegen die Kulaken, wie man die besitzenden Bauern nennt. Trotzki wurde mit allen seinen Freunden als „verräterische Linksopposition" nach Sibirien verbannt, aber die vorausgesehene „Rechtsopposition" der Kulaken ist dafür von Sibirien und allen Landesteilen nach Moskau gekommen.

In allen Sowjets erheben die Großbauern ihr Haupt und fordern eine Politik, die ihre Rechte und ihre Macht erweitert. Und in den Dörfern und auf dem platten Lande gehen diese Kulaken zu direktem Angriff über, indem sie die Sowjetbeamten und die bolschewistischen Führer bedrohen, überfallen, morden. So kommt denn, was kommen mußte, nachdem

**die Bolschewisten den Bauern den Grund und Boden als Privateigentum überließen.**

Lenin hat seinerzeit durch ein Dekret den Boden als „Nationaleigentum" erklärt, aber es war ein Stück Papier und blieb ein Stück Papier. Der russische Bauer bebaute nur das Land, wenn es ihm als Eigentum überlassen wurde. Das ist in der Praxis überall geschehen. So züchteten die Bolschewisten den Eigentumsfanatismus des Bauern hoch — nannten und nennen sich aber immer noch „Kommunisten". Kommunismus bedeutet gemeinsamer Besitz, die „Kommunisten" aber ließen und pflegten den Privatbesitz des Bauern auf dem Lande. Der Bauer war auch zunächst beglückt, daß er überhaupt Land bekam. Jetzt ist er selbstbewußt geworden und beginnt, die Bolschewistenherrschaft im Staate abzuschütteln. An der Selbstsucht des Bauern findet die in der Phraseologie noch aufrechterhaltene „kommunistische" Macht der Bolschewisten ihren Todfeind — den sie (nach Trotzki!) selbst heranzüchtete.

**So steht Sowjetrußland vor seiner entscheidenden Machtfrage.**

Wieweit die Dinge bereits gediehen sind, zeigen die Alarmrufe der Moskauer bolschewistischen Presse. Hier ein Beispiel:

**C. Riga, 13. November. (Eig. Funkspruch.) Die sowjetoffizielle Moskauer Iswestija veröffentlicht einen aufsehenerregenden Artikel, nach dem ihr aus verschiedenen Teilen der Sowjetunion Nachrichten über leidenschaftliches Vorgehen und zunehmende Grausamkeiten der Kulaken, der wohlhabenden Bauern, zugegangen sind. Die Morde an den kommunistischen Dorfkorrespondenten würden häufiger, Mordanschläge würden sogar auf Dorfschullehrer und andere Organe der sozialen Arbeit, Männer und Frauen, unternommen. Die Dorfbibliotheken und Sowjetbureaus würden von den Kulaken niedergebrannt.**

**Diesen tatsächlichen Mitteilungen fügt die Iswestija die Bemerkung hinzu, daß die Kulaken von einem wilden Oppositionsgeist gegen alle von der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung ergriffenen Maßnahmen erfüllt seien und daß daher noch vor den Sowjetwahlen im lokalen Regierungsapparat, der sich in vielen Fällen im Bunde mit den Kulaken befinde, gründlich aufgeräumt werden müsse.**

Einen wie großen Umfang die Opposition der Bauern gegen die Sowjetregierung genommen hat, geht daraus hervor, daß sich die Iswestija gezwungen sieht, in derselben Nummer, in der sie diesen Artikel veröffentlicht, eine Reihe von Telegrammen abzudrucken, in denen von Racheakten der Bauern gegen diejenigen berichtet wird, die sie dem Steuereinnehmer und Getreideeintreiber überlieferten oder die Sowjetorgane in dem Versuche der Beschlagnahme ihrer Felder unterstützten. Allein in den Telegrammen, die in der Iswestija veröffentlicht werden, wird über

**sieben Morde und vier Mordanschläge,**

von denen mehrere in öffentlichen Versammlungen oder in den Verwaltungsbureaus der Ortssowjets ausgeführt wurden, berichtet. Die Liste der Getöteten enthält u. a. vier Vorsitzende und einen Schriftführer der örtlichen Sowjets. In andern Fällen haben sich die Dorfbewohner geweigert, gegen die Kulaken vorzugehen. In einem Falle war **der Sowjetvorsitzende Anführer bei der Niederbrennung des Hauses des kommunistischen Dorfkorrespondenten,** dessen denunzierender Brief von den Bauern abgefangen worden war.

**Die Meldungen über diese Vorgänge stammen aus der Ukraine, Smolensk und Minsk in Weißrußland, Jaroslaw, Samara und Stalingrad an der oberen, mittleren und unteren Wolga, Rostow am Don, Perm und Ufa im Ural, Nowosibirsk und Irkutsk in Sibirien, also aus allen Teilen Rußlands.**

*

Diese Meldungen sind nur ein Teil der Wahrheit, die die Bolschewistenpresse nicht mehr verheimlichen kann. Wie schlimm es steht, zeigt das Eingeständnis, daß die Bauern bereits vielfach die Sowjetorgane in der Hand haben, daß sie Herren der örtlichen Sowjets sind. Daher der Ruf von Moskau, die Kulaken aus den Ortsvertretungen hinauszuwählen. Ueber eine solche Parole muß man lächeln. Erstens ist die „Wahl" der Sowjets überhaupt nicht frei, sondern nur eine Mache der örtlichen Machthaber. Zweitens sind die Bauern jetzt so erstarkt und bereits überall so viele Großbauern (Kulaken) vorhanden, daß sie innerhalb oder außerhalb der Vertretungen einfach die Sowjets nicht mehr respektieren. Schließt man sie durch Wahlschiebungen überhaupt aus, so wird die Kluft noch größer, die Macht der Großbauern aber nicht geringer.

Durch den aktiven Kampf der Bauern gegen die Sowjetmacht ist Rußland in die Krise eingetreten. Die Machtfrage wird aufgerollt. Das ungeheuer große Agrarreich hat freilich seinen eigenen langsamen Rhythmus, der nicht in rascher Entscheidungen spricht. Nur als das alte Zarenregiment zusammenbrach, konnten Entscheidungen an Tagen gefällt werden. Bei der Bedrohung der Bolschewistendiktatur durch die Bauern ist mit einem langwierigen Machtkampf zu rechnen, der freilich durch Gewaltmaßnahmen von Moskau aus rasch vorangetrieben werden könnte. Wie Diktator Stalin handeln wird, ist noch nicht vorauszusehen. Des Ernstes der Lage ist man sich in Moskau bewußt. Man muß damit rechnen, daß dieser Bürgerkrieg in seinem Verlaufe wieder sehr blutig werden wird. **Die ersten Zeichen sind schon feuerrot und blutigrot.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19281113/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG